

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08
Telefon: (0 22 21) 21 90 38/39
Telex: 08 86 846 ppbn d

Inhalt

35. Jahrgang / 166

1. September 1980

Heinz-Oskar Vetter MdEP,
Vorsitzender des Deutschen
Gewerkschaftsbundes, zum
Antikriegstag: Frieden
ist nicht nur die Abwesen-
heit von Krieg.

Seite 1-3

Marie Schlei MdB würdigt
das Verhandlungsergebnis
in Polen: Der Gesang kam
von unten.

Seite 4

Eugen Glombig MdB enthüllt,
daß der Erfinder des
"Rentenbetrügers" unbe-
zahlbare Versprechungen
abgibt: Geißler ist un-
seriös.

Seite 5/6

Dokumentation

Willy Brandt auf der Anti-
Kriegskundgebung des DGB
am Sonntag in Hannover.

Seite 7-9

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 8 12-1

1. September - Antikriegstag

Frieden ist nicht nur die Abwesenheit von Krieg...

Von Heinz-Oskar Vetter MdEP

Vorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbundes

In den 50er Jahren wurde das Thema Wiederbewaffnung in den
Gewerkschaften heftig diskutiert. Es gab Aktionen für den
Frieden. Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Ich glaube, man muß erst einmal in die Zeit unmittelbar nach
dem Krieg zurückgehen. Als die Jugend, die im Krieg war,
nach Hause zurückkehrte. Soweit sie überhaupt noch nach Hause
zurückkehren konnte. In dieser ersten Zeit nach dem Krieg
war die Frage des Friedens und die Sehnsucht nach Ruhe und
die Abwehr kriegerischer Verwicklungen eine Selbstverständ-
lichkeit. Sie wurde aber für breite Bereiche unserer Gesell-
schaft überlagert von der Sorge und das tägliche Brot. So
ist es richtig, daß wir das politische Bewußtsein für Frie-
den, Abrüstung und Entspannung zunächst einmal nicht so ak-
tiviert haben, wie wir es später in den 50er Jahren an ganz
konkreten Problemen wieder ins Bewußtsein gehoben haben. In
der Zeit um 1950 tauchte das Problem der Wiederbewaffnung
der Bundesrepublik auf. Zugleich begannen auch unsere aktiven
Funktionäre die Gefahren der atomaren Bewaffnung zu begrei-
fen. Jetzt wurden die Gewerkschaften eigentlich erst richtig
wach. Für die Gewerkschaften ist es ja ganz offensichtlich,
daß Frieden, Abrüstung und Entspannungspolitik einfach zu-
sammengehören; daß sie die Grundlage gewerkschaftlicher
Existenz sind.

Für uns ist die Friedenssicherung überhaupt die Vor-
aussetzung für eine dauerhafte Existenz der Gewerkschaften.
Denn freie Gewerkschaften können nur in demokratischer



Verfassung, im Frieden und in der Entspannung leben und arbeiten. Denn, wenn der Frieden nicht sicher ist, ist alle gewerkschaftliche Arbeit letztlich umsonst. Ein Kriegstag kann sie völlig an die Seite fegen. Und Frieden ist nicht nur die Abwesenheit vom Krieg. Frieden greift viel tiefer, vernichtet die Ursachen der Auseinandersetzungen.

Diese Erkenntnis scheint noch gar nicht so fest und tief in der Bevölkerung verankert zu sein. Da kommen gerade jungen Leuten immer wieder Zweifel, wenn sie sehen, wie leichtfertig nationalistische Gefühle entwickelt werden. Beispiel: Sicherung unserer Ölversorgung durch militärische Intervention. Gerade auch Gewerkschaften haben es mitunter schwer, in den eigenen Reihen das Thema Rüstung und Abrüstung, das heißt langfristige Umstellung von Rüstungs- auf Friedensproduktionen zu vertreten.

Über eins müssen sich die Gewerkschaften klar sein: Ein Aufruf zum Frieden, für Abrüstung und Entspannung muß gleichzeitig praktische Vorschläge enthalten, wie dies zu erreichen ist. Man kann nicht Abrüstung verlangen, ohne an die Arbeitnehmer zu denken, die heute noch Kanonen und Panzer produzieren. Wir müssen unseren Kollegen, Vertrauensleuten und Betriebsräten in diesen Betrieben zur Seite stehen, damit sie rechtzeitig die alternativen Produktionen planen und vorbereiten können. Wir können die technisch qualifizierten Kapazitäten der Waffenfabriken nicht einfach vernichten. Mit diesen Kapazitäten können und müssen hochkomplizierte Maschinen für gerade im Frieden lebensnotwendige Bereiche erstellt werden.

Abrüstung ein Schritt zur Friedenssicherung

Das Wettüben verstärkt todsicher die Möglichkeiten zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Jede Seite wird bestrebt sein, eine Auseinandersetzung durch den Einsatz immer zerstörerischer Waffen zu gewinnen. Zum Vollzug der Friedenspolitik gehören also ganz konkrete Maßnahmen. Die Herabführung der Heeresstärken, die stufenweise Abschaffung der großen und kleinen Kernwaffen. Und dies bis zur endgültigen Abrüstung der Zerstörungswaffen. Das wird nicht von heute auf morgen erreicht werden können. Wir werden viel, viel Geduld haben müssen. Das bedeutet aber auch, daß wir uns nicht nur einmal im Jahr - anlässlich des Antikriegstages am 1. September - zusammenfinden sollen. Frieden und Entspannungspolitik muß permanent im Bewußtsein der Gewerkschaften und im Mittelpunkt ihrer Politik stehen.

Die aktuelle Weltlage demonstriert uns, daß wir in Sachen Friedenspolitik gerade eine Talsohle durchschreiten. Die Sowjetunion hält ungeachtet weltweiter Proteste Afghanistan besetzt. Im amerikanischen Präsidentschaftswahlkampf stehen sich zwei Bewerber gegenüber, die sich geradezu zwangsläufig außenpolitisch damit profilieren, daß sie einen härteren Kurs fahren wollen. Auch im Wahlkampf in der Bundesrepublik operieren sogenannte starke Leute sehr offen damit, die Entspannungspolitik zurückschrauben zu wollen.

Solche Politiker verkünden ihre Auffassungen ja nicht im luftleeren Raum. Es gibt durchaus Gruppen in unserer Bevölkerung, die solche Meinungen teilen. Daran kann man auch ersehen, wie tief die Sorge wurzelt, durch Aggressionen in allen Teilen der Welt



bedroht zu sein. Viele glauben, den Frieden nur durch eine Rüstungsüberlegenheit erhalten zu können.

Wir können diese Leute nicht einfach als bekloppt beiseite schieben. Wir müssen vielmehr begreifen, wie viel noch zu tun ist, um nüchterne Friedenspolitik verwirklichen zu können. Ich weiß, daß der Weg dahin nur beschritten werden kann, wenn das Mißtrauen auf beiden Seiten sinkt. Niemand soll der Welt oder dem Nachbarn das eigene Heil aufzwingen wollen. Wenn jede Großmacht sich darauf beschränkt, das eigene Volk zu befragen, wie es regiert werden will, dann haben wir eine echte Chance, daß nicht durch Waffengewalt dem Nachbarn die eigene Meinung aufgezwungen wird.

In Ihren Wahlprüfsteinen haben die Gewerkschaften die Frage des Friedens und der Abrüstung an erster Stelle genannt. Und erst danach haben wir die anderen gewerkschaftlichen Forderungen materieller und immaterieller Art formuliert.

Eben, weil wir damit auch ausdrücken wollen: Alle gewerkschaftliche Arbeit ist in den Wind geschrieben, wenn morgen irgendwo in Europa der Krieg beginnt und mag er zunächst noch so klein sein. Unsere politische Pflicht beginnt schon in den Bundestagswahlen. Wir haben zu prüfen und uns zu entscheiden, wo ist der Friedenswille glaubhafter, ja beweisbar. Welche politische Auffassung, welche politische Partei, welcher Kandidat ist ein Garant für Friedenspolitik, Entspannung und Abrüstung.

(-/1.9.1980/ks/oa)

+ + +



Der Gesang kam von unten

Rolle von CDU/CSU richtete sich gegen Kompromiß in Polen

Von Marie Schlei MdB

Vorsitzende des Arbeitskreises Außen- und Sicherheitspolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Aus eigener Kraft, in eigener Verantwortung und mit dem Willen zum Kompromiß haben die streikenden Arbeiter mit der polnischen Regierung eine Vereinbarung getroffen, die dem leidgeprüften polnischen Volk den inneren Frieden wiedergibt. Niemand kann gegenüber dem, was auf dem Spiele stand und was erreicht wurde, seine innere Anteilnahme und Bewegung verbergen. Man stelle sich einmal vor, wie dieser Konflikt unter den Bedingungen des Kalten Krieges verlaufen wäre. Dann wird deutlich, wieviel mehr Fähigkeit und Freiraum zur Reform durch die Entspannungspolitik wirklich gewonnen worden ist. Es kommt jetzt darauf an, das in Polen Erreichte gegenüber denjenigen schützen zu helfen, die versucht sein könnten, den Weg der gewaltfreien Reform in die falsche Richtung zu drängen. Der Respekt vor der Fähigkeit des polnischen Volkes zur friedlichen Eigenentwicklung gebietet es, uns selbst Zurückhaltung aufzuerlegen, auch wenn unsere Sympathie auf der Seite der besonnen und entschlossen für ihr Recht eintretenden polnischen Arbeiterschaft ist. Die polnischen Arbeiter haben mit großer Disziplin und Sinn für das Mögliche gehandelt. Sie haben aus eigener und historischer Erfahrung gelernt. Was in Polen erreicht wurde, ist allein ihr Verdienst.

Es ist allerdings zu befürchten, daß es hier wiederum Stimmen geben wird, denen das alles nicht weit genug geht. Diejenigen, die das Erreichte von hier aus besserwisserisch zerreden wollen, müssen wissen, daß sie den Reformgegnern drüben in die Hände arbeiten.

Wer die Kommentierung der Ereignisse in Polen durch die hiesige Opposition verfolgt hat, weiß, daß diese Warnung nicht aus der Luft gegriffen ist, denn während sich alle Verantwortlichen dieser Welt, einschließlich der Supermächte, große



Zurückhaltung auferlegt haben, hat die deutsche Opposition nur den Rat übrig gehabt, Polen eine dringend notwendige materielle Hilfe zu erschweren, und eine grundlegende Veränderung der bisherigen Entspannungspolitik einzuleiten. Den Wünschen der polnischen Arbeiter hat sie damit nicht entsprochen. Im Gegenteil: Sie hat deren Kampf um mehr Rechte für eigene innenpolitische Zwecke zu nutzen versucht.

Die Opposition hat angesichts der dramatischen Entwicklung in Polen nichts besseres zu tun gewußt, als erneut Gräben des Kalten Krieges aufzureißen. Während sich unsere westlichen Verbündeten, allen voran die Vereinigten Staaten, den Bemühungen um finanzielle Hilfe für Polen angeschlossen haben, hat die Opposition Bedingungen formuliert, die auf eine Verschärfung der Lage in Polen und damit auf eine grobe Einmischung von außen hinausgelaufen wären. Aus dieser Politik hätte sich ein gefährliches Zusammenspiel mit denjenigen ergeben können, die auf der anderen Seite am liebsten die Unterdrückungsmaschinerie in Gang gesetzt hätten.

Wir Sozialdemokraten begrüßen es, daß sich die polnischen Arbeiter in Verhandlungen mit der Regierung zu einem Kompromiß bereitgefunden haben. Die Erfüllung der Vereinbarungen erfordert Durchhaltevermögen und Leistungen auf beiden Seiten. Es ist zu wünschen, daß beide Seiten bei der Durchführung der Vereinbarungen dasselbe Maß an Geduld, Ehrlichkeit und Mut aufbringen, das zur Lösung des Konflikts geführt hat. Wir fühlen uns verpflichtet, dem polnischen Volk dabei zu helfen. Was materiell von uns dabei geleistet werden kann, sollte schnell und unbürokratisch geschehen. (-/1.9.1980/bgy/ca)

+ + +



Geißler ist unseriös

Der Erfinder des "Rentenbetrügers" macht unbezahlbare Versprechungen

Von Eugen Glombig MdB

Vorsitzender des Arbeitskreises Sozialpolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Den Blick verengt auf den Schlitz der Wahlurne macht der CDU-Generalsekretär Geißler in der "Bild-Zeitung" Milliardenversprechungen, die nichts als leere Versprechungen sind. Im privaten Umgang miteinander würde so etwas als Schwindel bezeichnet werden, zumal Geißler so tut, als könnte die wirtschaftliche Lage Anfang 1981 wesentlich günstiger sein als heute.

Die Union kennt die für die Rentenfinanzen einschlägigen Zahlen und Daten. Sie liegen im Rentenanpassungsbericht der Bundesregierung vor. Diese Zahlen zeigen:

- 1/ Die Rentenfinanzen sind bisher erfolgreich konsolidiert.
- 2/ Die am 1. Januar 1981 in Kraft tretende Beitragssatzerhöhung auf 18,5 Prozent ist für eine längerfristige stabile Entwicklung der Rentenfinanzen und Hinblick auf die Reform 1984 erforderlich.
- 3/ Die festgeschriebene Rückkehr zur bruttolohnbezogenen Rentenanpassung ab 1982 ist finanziell gesichert.

Es ist Roßtäuscherei, an diesen Tatsachen vorbeizugehen. Wer für 1981 mehr als die bereits beschlossene Rentenanpassung von vier Prozent verspricht, handelt unverantwortlich. Er macht die Erfolge der Konsolidierung zunichte.

5,8 Prozent Rentenerhöhung 1981 würden voraussichtlich über 15 Jahre hochgerechnet mehr als 60 Milliarden DM kosten. Geißlers Wahlkampftrick ist daher ohne Realitätsbezug. Damit bleibt die Union sich treu: Sie hatte beim 21. Rentenanpassungsgesetz kein finanziell ausreichendes Konzept, sie kann bis heute nicht verbindlich sagen, wie sie fünf Kindererziehungsjahre in der Rentenversicherung nach 1984 finanzieren will.

Geißler zerrt das Rententhema systematisch in den Wahlkampf, um wie 1976 den Versuch der Verunsicherung der Rentner zu machen. Die Union will nicht wahrhaben, was die Rentner sehr wohl verstanden haben: Die Konsolidierung der Rentenfinanzen durch die sozialliberale Koalition unter weltweit schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen ist bisher erfolgreich. Sie jetzt vorzeitig abzubrechen, würde bedeuten: Die Rentner hätten die ihnen auferlegte Last vorübergehend verminderter Rentenanpassungen umsonst getragen.

Geißler macht ein Wahlkampfversprechen, das die Union nach dem Wahltag, ohne es verwirklichen zu können, wieder einsammeln müßte. Dies ist besonders delikats kurz vor der Entscheidung der Schiedskommission über die Behauptung Geißlers vom "politischen Rentenbetrüger". Trifft eine solche Bezeichnung nicht eher zu auf das, was Geißler den Rentnern in diesem Wahlkampf vorgaukeln will? Auf jeden Fall steht jetzt eines eindeutig fest: Geißler ist unseriös.
(-/1.9.1980/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Auf einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat der SPD-Vorsitzende Willy Brandt am Sonntag in Hannover anlässlich einer Anti-Kriegskundgebung an den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 erinnert und die Konsequenzen für die aktuelle Politik aufgezeigt. Wir dokumentieren das Referat auszugsweise.

Keinerlei Anlaß zu blankem Optimismus

Der Zweite Weltkrieg war die fürchterliche Konsequenz der friedensverachtenden Politik eines verbrecherischen Regimes: menschenfeindlich und friedensfeindlich zugleich. Vom Niedergang der ersten deutschen Demokratie führt ein direkter Weg in die Katastrophe. Ein friedfertiges Hitler-Deutschland konnte es nicht geben. Nazi-Herrschaft, Rassenwahn, krankhafte Großmannssucht stürzten erst das eigene Land ins Unglück. Dann die Nachbarn. Schließlich beinahe die ganze Welt.

Auf den deutschen Namen ist in jenen Jahren schwere Schuld geladen worden. Der Preis für die Rückkehr zu einer demokratischen Ordnung, die in Weimar so leichtfertig verspielt wurde, war unendlich hoch. Und noch immer verfolgt uns die Erinnerung an die unvorstellbaren Opfer dieser geschichtlichen Katastrophe.

Wir haben einen neuen Anfang gemacht. Aber wir in Deutschland haben eine weiterwirkende Pflicht - dafür Sorge zu tragen, daß nie wieder eine Bedrohung oder gar ein Krieg von unserem Boden ausgeht.

Die deutschen Gewerkschaften bekennen sich zu dieser Pflicht. Alle sind gefordert, nicht zuletzt die Jungen unter uns.

Wer gehofft hatte, die bitteren Erfahrungen des Zweiten Weltkrieges würden die Menschheit zur Vernunft, daß heißt durchweg zur Friedenshaltung, bewegen, der ist in den vergangenen 35 Jahren vielfach widerlegt und enttäuscht worden. Neue Kriege haben neues Leid, neue Not hervorgebracht.

Dabei ist doch sonst fast alles anders geworden. Wer vor einigen Monaten meinte, aktuelle Entwicklungen mit den Jahren 1938/39 vergleichen zu sollen, muß es sich gefallen lassen, entweder phantastischer Unkenntnis oder - was schlimmer wäre - der bewußten Irreführung geziehen zu werden.

Wir haben es heute in Europa und in den übrigen Machtzentren der Welt nirgendwo mit Leuten zu tun, die ihr Land bewußt in den Krieg steuern: Faschistische Diktaturen, die ihre Völker in die Kriegshysterie treiben, gehören - zumindest in unserem Teil der Welt - der Vergangenheit an.

Und doch besteht zu blankem Optimismus keinerlei Anlaß. Die Welt bleibt voller Gefahren. Europa braucht nicht zu einem neuen Krisenherd zu werden.

Gleich die ersten Wochen des neuen Jahrzehnts haben auf dramatische Weise gezeigt, wie gefährdet unsere Sicherheit ist. Welcher gewaltigen Anstrengungen es bedürfen wird, um den Frieden sicherer zu machen und vielleicht, hoffentlich, eines Tages sicher.

Fest steht: Die Menschheit ist heute erstmals in ihrer Geschichte technisch in der Lage, sich selbst auszurotten. Und die politischen Sicherungen sind schwach.

An diesem 31. August 1980 werden - wie jetzt durchschnittlich Tag für Tag - weltweit etwa 2,6 Milliarden Mark für Rüstungen ausgegeben. Das sind 2.600 Millionen. Jeder der 552.000 Einwohner Hannovers würde, wenn dieses Geld verteilt werden könnte, 4.700 DM auf die Hand bekommen - Tag für Tag.

Andersherum: Mit einem halben Prozent der jährlichen Rüstungsausgaben könnte jene landwirtschaftliche Ausstattung bezahlt werden, die nötig ist, um die Lebensmittelproduktion in den ganz armen Ländern wesentlich zu steigern und bis 1990 für die meisten von ihnen die Selbstversorgung zu erreichen.



Mehr noch: Mit den Rüstungsausgaben eines halben Tages könnte das gesamte Programm der Weltgesundheitsorganisation zur Ausrottung der Malaria finanziert werden.

Fest steht: Wir haben es heute in der Welt mit einer Summe von Konflikten zu tun, von denen in früheren Jahren jeder einzelne ausgereicht hätte, um einen Weltbrand zu entfachen.

Fest steht aber auch: Heute, wo der Krieg nicht mehr der Vater ist, wie man früher sagte, sondern wo Krieg das Ende aller Dinge sein kann, eint alle, fast alle der 4,3 Milliarden Menschen auf unserem Planeten ein zutiefst menschliches Interesse am Überleben.

Dies sollte eigentlich jedes Mitglied der Staatengemeinschaft, auch die Weltmächte - die ihren eigenen Gesetzen zu gehorchen pflegen - zu der Bereitschaft verpflichten, alles zu unterlassen oder wieder geradezubiegen, was den Frieden gefährdet, und daran mitzuwirken, daß dem Verzicht auf Gewalt und dem Abbau von Spannungen über Europa hinaus auf allen Kontinenten zum Durchbruch verholfen wird. Wir müssen - über alle Widerstände hinaus - hinkommen zur Unteilbarkeit der Entspannung, solange die Spannung noch teilbar ist.

Niemandem - am allerwenigsten uns Deutschen - wäre damit gedient gewesen, wenn wir dazu beigetragen hätten, in Europa Anfang des Jahres vor dem Hintergrund von Afghanistan noch einen akuten Krisenherd entstehen zu lassen. Wir mußten stattdessen, ohne uns zu überheben, auf allen möglichen Feldern mithelfen, stockende Gespräche wieder in Gang zu bringen, Verhandlungen anzuregen und Vertrauen wachsen zu lassen, wo Mißtrauen lähmend wirkt und gefährlich wird.

Durch Rückschläge dürfen wir uns nicht entmutigen lassen. Terminverschiebungen, auch für wichtige Begegnungen, sind noch kein Beinbruch, wenn und solange sie genutzt werden, um weitere nützliche Vorarbeiten zu leisten.

Aber es gibt Leute, die kommen aus dem Mäkeln nicht heraus. Wenn der Bundeskanzler nicht nur nach Washington, sondern auch nach Moskau fährt, so ist es ihnen nicht recht. Wenn er im Augenblick nicht in die DDR fährt, sind sie auch unzufrieden. So kann man deutsche Interessen nicht wirksam vertreten.

Meine Freunde und ich haben keinen Zweifel daran gelassen, für wie wichtig, für wie dringend wir Verhandlungen halten, gerade auch über die "strategischen" Waffen in Europa. Helmut Schmidt hat dies - natürlich in engem Kontakt mit den europäischen Nachbarn und mit den amerikanischen Verbündeten bei seinen Gesprächen in Moskau auch gegenüber den Verantwortlichen in der Sowjetunion ganz deutlich gemacht. Und er hat sich darum bemüht, daß die Weltmächte aus dem Zustand der Sprachlosigkeit herauskommen. Man kann nur hoffen, daß alle Beteiligten erkennen, daß geredet werden muß, wenn man verhindern will, daß aufeinander geschossen wird. Und daß politische Entspannung ergänzt werden muß nicht nur durch wirtschaftliche Zusammenarbeit. Nicht nur durch kulturellen Austausch und menschliche Erleichterungen, sondern vor allem auch durch ernste Schritte in Richtung von Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung.

Rüstungswettlauf ist kein Naturgesetz, sondern Folge politischer Entscheidungen. Wie schwierig Rüstungsbegrenzung und Abrüstung ist, braucht mir keiner zu sagen. Aber unmöglich sind sie nicht. Sie sind es allerdings nur in einer Atmosphäre, in der Entspannung nicht vor die Hunde geht, sondern wiedergewonnen wird.

Ost-West-Fragen - das haben die letzten Jahre und deutlicher noch die letzten Monate gezeigt - lassen sich mittlerweile nicht mehr von Nord-Süd-Problemen trennen. Alle Krisenherde in der jüngsten Zeit sind entstanden im Schnittpunkt von Ost-West-Konflikt und Nord-Süd-Spannung. Und wir haben erfahren müssen, wie unmittelbar auch wir in Europa von den Ereignissen in scheinbar fernliegenden Regionen betroffen sind.

In der Welt beginnt sich die Erkenntnis durchzusetzen, daß nicht nur Machtansprüche und übersteigerte ideologische Gegensätze eine Friedensbedrohung darstellen, sondern daß die Zukunft der Menschheit auch und vermutlich zunehmend bedroht ist durch Massenhunger, wirtschaftliche Zusammenbrüche oder ökologische Katastrophen. Es wäre eine gefährliche Illusion zu glauben, daß abgeschottete Inseln des Wohlstands und der Sicherheit auf



Dauer Bestand haben könnten in einer Zeit, in der im südlichen Teil der Welt über 800 Millionen, also ein Fünftel aller Menschen nicht genug zu essen haben.

Nur eine umfassende Verständigung darüber, was globale Mitverantwortung bedeutet, wird die Beziehungen zwischen Nord und Süd, zwischen reichen Industrie- und armen Entwicklungsländern auf eine Ebene fruchtbarer Zusammenarbeit heben können. Und nur so entsteht die Voraussetzung dafür, daß der ungeheure Abstand zwischen Reich und Arm verringert werden kann. Die eigene Erfahrung sollten wir beherzigen und nicht in den Weind schlagen: Nur wo die soziale Rechnung stimmt, hat der Frieden eine echte Chance. Das gilt im Innern wie nach außen.

Mehr Ausgleich und bessere Zusammenarbeit zwischen Nord und Süd helfen den Frieden sichern. Und sie liegen im gemeinsamen wirtschaftlichen Interesse sowohl der Menschen in den Entwicklungsländern als auch der Menschen in den Industriestaaten.

Nur wenn der hochindustrialisierte Norden der "Dritten Welt" eine eigenständige wirtschaftliche und soziale Entwicklung zubilligt und mit ermöglichen hilft, wird er längerfristig über eine geregelte Rohstoffversorgung und über genügend Märkte verfügen, um seine Waren auch an den Mann zu bringen. Und um Arbeitsplätze zu erhalten sowie neue zu schaffen.

Gerade in diesen Tagen wird bei den Vereinten Nationen in New York darüber beraten, wie es mit den Nord-Süd-Beziehungen weitergehen soll. Ich appelliere an die Verantwortlichen, die Vorschläge der von mir geleiteten internationalen unabhängigen Kommission ernstzunehmen. Ich hebe die vier Punkte hervor, die zu einem auf fünf Jahre angelegten Dringlichkeitsprogramm gehören:

Erstens: Die Notwendigkeit einer massiven Mobilisierung und Zuweisung finanzieller Mittel, um wirtschaftliches Wachstum in der Dritten Welt zu fördern. Dazu müssen die Industrieländer - und auch die reichen Ölländer - bis 1985 ihre Leistungen wesentlich steigern. Gleichzeitig müssen in den Entwicklungsländern die eigenen Anstrengungen verstärkt werden.

Zweitens: Weltweite energiepolitische Vereinbarungen, insbesondere um eine geregelte Ölversorgung bei kalkulierbarer Preisentwicklung sicherzustellen und dies sinnvoll zu verbinden mit Energiesparen und der rascheren Entwicklung von Alternativen.

Drittens: Vermehrte Lebensmittelhilfe und verbesserte Nahrungsmittelproduktion, damit in den Entwicklungsländern der Welthunger besiegt wird.

Und viertens: Schritte, um die Reform des internationalen Wirtschafts-, Währungs- und Finanzsystems ernsthaft in Gang zu bringen.

Viele Entwicklungsländer sind heute auf der Suche nach verlässlichen und dauerhaften Partnern, die frei sind von Großmachtansprüchen und bloßem strategischen Kalkül. Europa sollte sich seiner Verantwortung bewußt sein, als Faktor des Friedens und des Ausgleichs in der Welt zu wirken.

Fortführung der Entspannungspolitik, Nord-Süd-Ausgleich, Festigung und Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft - das sind die großen friedenspolitischen Aufgaben, in denen sich unser Land in den 80er Jahren bewähren muß.

Hier geht es um die Interessen derer, die heute noch jung sind. Es geht zugleich um einen Kurs, der nicht ohne oder gar gegen sie gehalten werden kann.

Sicherung und Weiterentwicklung der Demokratie, Bewahrung und Ausbau dessen, was für die Menschen in unserem Land hat erreicht werden können - das ist der innenpolitische Beitrag, den wir gemeinsam zur Festigung des Friedens leisten können. Dabei kommt den Gewerkschaften in unserem Land weiterhin eine besondere Bedeutung zu.

Denn das ist die Lehre der Geschichte: Ohne gesicherte Demokratie fehlt es an der inneren Grundlage, die der Frieden braucht.

Und das ist das Gebot unserer Zeit: Wer das Überleben der Menschheit nicht in Frage stellen will, muß alle Kraft auf die Sicherung des Friedens verwenden.

(-/1.9.1980/ks/ca)

Vernünftiger Umgang
mit wertvollen Rohstoffen
Recycling-Papier

